

Medienspiegel Woche 16 / 2017



Inhalt

St.Gallen / Thurgau / Basel / Frühfremdsprachen / Berset Alain / Lehrer / Eltern

Tagblatt, 21.4.2017

[«Nur eine Fremdsprache»](#) 1

Tagblatt, 15. April 2017

[Frühfranz im Thurgau: Auch nicht ab der Sechsten](#) 1

NZZ am Sonntag, 23.4.2017

[Thurgau stemmt sich gegen Frühfranzösisch](#) 3

[Die unbeugsamen Thurgauer](#) 3

Baz, 19.04.2017

[Jetzt müssen die Eltern ran](#) 6

Starke Schule beider Basel, 15.4.20

[Sand in die Augen der Eltern](#) 7

SRF Regional, 18.4.2017

[Sprachenstreit Frühfranzösisch in Baselbieter Schulen - Flop oder Erfolg?](#) 7

Solothurn / Initiative / Abstimmung / Basel / Lehrplan 21 / Kompetenzen / Tests / Linke

Solothurner Zeitung, 21.4.2017

[Optimierung Ja, Lehrplan 21 Nein: Das sind die Argumente für die Volksinitiative](#) 8

<http://www.so-ohne-lp21.ch/>, aktuell

[Eines der weltweit besten Schulsysteme durch andernorts bereits gescheiterte Konzepte kaputt machen?](#) 10

SRF Regionaljournal Aargau Solothurn, 20. April 2017

[Lehrplan 21: Nicht nur, aber vor allem schlecht, finden Lehrplan-Gegner](#) 11

Tages Woche, 18.4.2017, 17:12 Uhr

[«Wenn du den Lehrplan anschaust, kriegst du eine halbe Depression»](#) 12

Zürich / Geschichte / Lehrer / Amstutz Hanspeter

Zürcher Oberländer 19. April 2017,

[Mehr attraktive Geschichtsstunden](#) 16

Graubünden / Einführungsklassen / Kleinklassen / Integration

Schule Schweiz, 20. April 2017

[Graubünden lässt Einführungsklassen wieder zu](#) 17

SRF1, Regionaljournal Graubünden, 19. April 2017

[Grosser Rat Bald wieder Kleinklassen an Bündner Schulen?](#) 18

Pisa / Zufriedenheit / Internet / Jugendliche

Tages-Anzeiger, 19.4.2017

[Schweizer Schüler sind wenig ehrgeizig, aber zufrieden](#) 19

Digitalisierung / Computer / Medien / Informatik / Wirtschaft

Tagblatt, 18. April 2017

[Aufruf für Informatik an der Schule](#) 21

NZZ am Sonntag, 23.4.2017

[Lehrlinge sollen weniger zur Schule gehen](#) 22

Gute Volksschule Schwyz, 13.4.2017

[Frühlings-Communiqué des Initiativkomitees an alle Volksschullehrer des Kt.SZ](#) 23

Aktuelle Veranstaltungen

Schule Schweiz

[Veranstaltungen](#) 24

Tagblatt, 21.4.2017

«Nur eine Fremdsprache»

Bildung Der Verein «Starke Volksschule St. Gallen» kritisiert die Regierung, sie habe in ihrem Monitoring zur Bildungsstruktur wichtige Langzeitstudien nicht einmal erwähnt. Diese Studien würden laut dem Verein zeigen, dass Schüler ab etwa 10 Jahren besser Fremdsprachen lernen als jüngere. 10-Jährige hätten die Sprachstrukturen in ihrer Muttersprache bereits erworben und könnten dies auf die Fremdsprachen übertragen. Daher solle das Erlernen einer zweiten Fremdsprache auf die Oberstufe verlagert werden, fordert der Verein. Ob das nun Englisch oder Französisch sei, sei letztlich zweitrangig. Zudem solle sich der Kanton St. Gallen mit Thurgau und Innerrhoden zu einer «harmonisierten Ostschweiz der Vernunft zusammenschliessen». (*red*)

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/Nur-eine-Fremdsprache;art120094,4960786>

Zur Erinnerung: unsere vollständige Stellungnahme vom 2. April 2017

[Medienmitteilung, 2.4.2017](#)

[Ausführliche Stellungnahme zum Bericht der Regierung](#)

Tagblatt, 15. April 2017

Frühfranz im Thurgau: Auch nicht ab der Sechsten

FRÜHFRANZÖSISCH · Die vorberatende Kommission hält an der Abschaffung des Frühfranzösisch fest. Sie lehnt einen Kompromissvorschlag von Regierungsrätin Knill ab, mit dem Unterricht in der sechsten Klasse zu beginnen.

Thomas Wunderlin

Die schweizweite Kritik macht im Thurgau keinen Eindruck. Ebenso wirkungslos ist die Drohung von Bundesrat Berset, den Thurgau per Bundesgesetz zur Räson zu bringen – jedenfalls bei der vorberatenden Kommission des Grossen Rats, die sich mit der Abschaffung des Frühfranzösisch befasst. Sie empfiehlt dem Grossen Rat mit neun zu fünf Stimmen, Bersets Muttersprache vom Stundenplan der Thurgauer Primarschulen zu streichen.

Seit 1991 wird Französisch an Thurgauer Primarschulen ab der fünften Klasse unterrichtet. 2009 kam Englisch ab der dritten Klasse dazu. Der Grosse Rat erklärte 2014 mit 71 zu 49 Stimmen eine Motion zur Abschaffung des Frühfranzösisch für erheblich: Die Schüler seien von einer zweiten Fremdsprache überfordert. Der Regierungsrat, der sich dagegen gestellt hatte, versuchte, die Motion in eigener Regie umzusetzen. SVP-Regierungsrätin Monika Knill kündigte den Ausbau des Französischunterrichts an der Sekundarschule an. Damit sollten Thurgauer Schulabgänger ebenso gut – oder schlecht – Französisch sprechen wie bisher.

Die vom Amt für Volksschule erarbeiteten Studententafeln stiessen auf Kritik: Die Gesamtstundenzahl werde zu hoch, der Unterricht zu sprachenlastig. Der Regierungsrat entschied, dem Grossen Rat eine Gesetzesvorlage zur Abschaffung des Frühfranzösisch zuzustellen. Somit kann das Kantonsparlament ein zweites Mal darüber entscheiden. Ausserdem erhalten so allenfalls die Thurgauer Stimmbürger das letzte Wort.

Die Kommission lehnte mit zehn zu drei Stimmen einen Kompromissvorschlag der Erziehungsdirektorin ab, mit dem Französischunterricht erst in der sechsten Klasse zu beginnen, mit drei Lektionen pro Woche. Damit wäre das Problem der überfüllten Stundentafeln an den Sekundarschulen gelöst worden. «Zudem dürfte sich auch der Bund mit dieser Lösung zufrieden geben», heisst es im Kommissionsbericht. Bestehen bliebe der Nachteil, dass der Thurgau mit der Sprachenstrategie der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) brechen würde und den Sprachenfrieden störe. Die EDK hatte sich 2004 auf das Modell 3/5 geeinigt: die erste Fremdsprache soll ab der dritten Klasse gelernt werden, die zweite ab der fünften. 23 Kantone haben dieses Modell mittlerweile eingeführt.

Die Wissenschaft hilft nicht weiter

«Die Kommission nahm zur Kenntnis, dass man auf den Beizug von Studien als Entscheidungsgrundlage zum jetzigen Zeitpunkt verzichten sollte», schreibt Kommissionspräsident Urs Schrepfer (SVP). Im Auftrag von Bund und Kantonen erstellte die dänische Universität Aarhus eine Forschungsübersicht. «Das ernüchternde Fazit» gemäss Schrepfer: «Keine der verschiedenen Präferenzen zum Fremdsprachenunterricht kann wissenschaftlich positiv oder negativ untermauert werden.»

Mehrere Kommissionsmitglieder äusserten gemäss Schrepfers Bericht ihren Unmut darüber, dass die Stundentafeln der Sekundarschule «keinen wirklichen Lösungsansatz» enthalten hätten: «Man stellte sich die Frage, ob die präsentierte Lösung nicht einfach die ablehnende Haltung des Regierungsrats gegenüber der Motion widerspiegeln.» Kritisiert wurde insbesondere, dass die Schüler der Stammklasse G Französisch nach der ersten Sekundarklasse nicht mehr abwählen könnten.

Die Frühfranzösischgegner in der Kommission erklärten ihre Haltung auch damit, dass die ab August 2017 geltenden Stundentafeln keine Verbesserung des Französischunterrichts brächten. Gemäss Bericht fehlt ihnen «das Vertrauen in das Amt für Volksschule», die Situation mit dem Modell 3/5 nachhaltig und deutlich zu verbessern.

Die Kommissionsmehrheit sieht kein Problem in der gefährdeten Harmonisierung der kantonalen Schulsysteme. Auch innerhalb der Thurgauer Schulgemeinden gebe es Unterschiede. Zudem sei ein Wechsel von Schulkindern zwischen den Kantonen vernachlässigbar. Den nationalen Zusammenhalt sieht die Kommissionsmehrheit nicht gefährdet. Laut Bericht ist die «grosse Mehrheit» der Kommission der Meinung, «dass Frühfranzösisch in dieser Hinsicht überbewertet sei».

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/Auch-nicht-ab-der-Sechsten;art120094,4956547>

11 Leserkommentare...

NZZ am Sonntag, 23.4.2017

Thurgau stemmt sich gegen Frühfranzösisch

Die Thurgauer Politiker lassen es auf einen Showdown im Sprachenstreit mit dem Bund ankommen. Voraussichtlich am 3. Mai entscheidet der Grosse Rat über das Frühfranzösisch. Die vorberatende Kommission plädiert für dessen Abschaffung. Die Wahrscheinlichkeit ist gross, dass sich die Allianz der Fremdsprachengegner auch im Parlament durchsetzt. Das ist auch im Hinblick auf die Abstimmung im Kanton Zürich vom kommenden 21. Mai über diese Frage brisant.

Die Hartnäckigkeit der Thurgauer überrascht, droht doch Bundesrat Alain Berset (sp.) damit, die Kantone per Gesetz zum Frühfranzösisch zu zwingen. Auch die Erziehungsdirektorenkonferenz macht sich für die zweite Landessprache in der Primarschule stark. Angesichts dieses Drucks hatte sich die Thurgauer Bildungsdirektorin Monika Knill (svp.) in der Parlamentskommission für eine Kompromisslösung eingesetzt – erfolglos.

Wie konnte es passieren, dass sich die Fronten zwischen der Thurgauer und der nationalen Bildungspolitik derart verhärten? Gespräche mit Politikern und Lehrern zeigen: Gegen staatspolitische Appelle aus der Romandie sind viele immun. Stattdessen bevorzugen sie Englisch und pochen auf pädagogische Argumente. Zwei Fremdsprachen seien für die Primarschule einfach zu viel. Nur den welschen Mitbürgern zuliebe eine Sprache früher zu lernen, sei keine Option. (ria.)

Die unbeugsamen Thurgauer

Im Thurgau wollen Politiker und Lehrer das Frühfranzösisch abschaffen. Für staatspolitische Appelle aus Bern und der Romandie sind sie taub. Wie konnte es so weit kommen?

von Anja Burri

Der Weg nach Sirnach führt an grünen Hügeln vorbei durchs Murgtal im Hinterthurgau. Dort hinten im Dorf steht Urs Schrepfer in seinem Büro neben dem Sekundarschulhaus. Mit seiner Hornbrille und dem akkurat frisierten Haar wirkt er gar nicht wie ein Polterer. Doch das, was er sagt, bringt Politiker in der ganzen Schweiz in Wallung: «Unsere Primarschüler sollen nur noch Englisch lernen.» Er sagt es mit einem Lächeln, aber mit verschränkten Armen vor der Brust. Für Schrepfer, Schulpräsident, Schulleiter, Sekundarschullehrer und SVP-Kantonsrat in Personalunion, ist diese Forderung nicht verhandelbar. Vor gut zehn Jahren kämpfte er noch dafür, dass die Thurgauer Primarschüler Französisch und Englisch lernen. Heute sei er allerdings ernüchtert. Zwei Fremdsprachen seien zu viel. Urs Schrepfer weiss, dass seine Worte in der übrigen Schweiz und ganz besonders beim Westschweizer Bundesrat und Kulturminister Alain Berset schlecht ankommen. Doch das scheint ihn kaum zu beeindrucken. «Herr Berset soll am besten einmal zu uns kommen und hier selber längere Zeit Französisch unterrichten», sagt er.

Der Bundesrat hat im fernen Bern den Sprachenunterricht zur Frage des nationalen Zusammenhalts ausgerufen. Es komme nicht infrage, dass die Primarschüler nur Englisch lernten, sagt er immer wieder. In der viersprachigen Schweiz sei es wichtig, dass man sich gegenseitig verstehe. Berset beruft sich auf die Bundesverfassung und hat angekündigt, er wolle die Kantone im Notfall zum Frühfranzösisch zwingen.

Die kantonalen Erziehungsdirektoren bringt diese Drohkulisse in eine ungemütliche Lage. Sie wollen eine Einmischung unbedingt verhindern. Denn die Bildung ist eine der letzten Bastionen der kantonalen Hoheit. Provoziert der Thurgau den Bundesrat zu einem Eingreifen, ist diese Un-

abhängigkeit dahin. Zudem könnte dies anderswo den Protest gegen den mühsam ausgehandelten Sprachen-Kompromiss – dass die Primarschüler eine zweite Landessprache wie auch Englisch lernen – anheizen.

Beim Streit um den Fremdsprachenunterricht geht es also nur noch am Rande um Pädagogik. Er ist zu einer hochpolitischen Angelegenheit geworden. Und mittendrin steht ein Kanton, der sonst selten im Rampenlicht ist. Der Thurgau. Der Kanton am nordöstlichen Zipfel der Schweiz gibt sich unbeugsam.

Vor wenigen Tagen bestätigte eine Parlamentskommission den Entscheid des Grossen Rats von 2014, das Frühfranzösisch abzuschaffen. Das ist angesichts des drohenden politischen Kollateralschadens bemerkenswert. Die Thurgauer Kinder sollen später, dafür intensiver Französisch lernen. Am Ende, so glaubt man hier, könnten die Schüler so gut Französisch wie anderswo. Die Rolle des frühen Französischunterrichts für den nationalen Zusammenhalt sei überbewertet, heisst es im Bericht der Kommission lapidar. Die Hälfte ihrer Mitglieder sind selber in der Bildung tätig – wie SVP-Mann Urs Schrepfer. Wenn er markige Worte an die Adresse von Bundesrat Berset richtet, geniesst er die Unterstützung eines grossen Teils der Lehrer. In einer neuen Umfrage des kantonalen Lehrerverbands haben sich 54 Prozent von über 900 Lehrerinnen und Lehrern dafür ausgesprochen, auf der Primarschule nur noch eine Fremdsprache zu unterrichten. Jeder dritte Lehrer, der selber Fünft- und Sechstklässler in Französisch unterrichtet, gab an, die Schüler seien mit zwei Fremdsprachen überfordert.

Englisch ist beliebter

Wie konnten sich die Fronten zwischen dem Thurgau und der nationalen Bildungspolitik nur derart verhärten? Im Thurgau seien viele – das ist der erste Teil der Antwort – immun gegen die staatspolitischen Appelle aus Bern und der Romandie. Pädagogische, praktische Argumente zählen für sie mehr: Nur den welschen Mitbürgern zuliebe eine Sprache früher lernen, das sei keine Option, sagt man hier, zweieinhalb Zugstunden von der Romandie entfernt. Anders als das Französisch ist das Englisch so etabliert, dass es politisch quasi unantastbar ist. Die Wahrheit ist: Es ist beliebter als die Landessprache Französisch. «Hier ist Englisch einfach wichtiger», ist ein Satz, den viele Politiker und Lehrer mit einem Schulterzucken dahersagen. Der Druck aus der übrigen Schweiz und die vielen negativen Schlagzeilen haben diese Haltung bestärkt. «Warum macht man um uns ein solches Theater, während andere Kantone in Ruhe gelassen werden?», fragen sich viele. Tatsächlich lernen im nahen Appenzell Innerrhoden die Schüler schon lange erst ab der siebten Klasse Französisch – unbehelligt von der politischen Öffentlichkeit der Schweiz.

Für den zweiten Teil der Antwort muss man die Schulzimmer besuchen. Lehrer Christian Fontanive steht in seinem Schulhaus in Bischofszell vor zwölf Viert- und acht Fünftklässlern. Das ist nichts Besonderes im Thurgau: Hier besuchen mehr als die Hälfte der Primarschüler eine altersdurchmischte Klasse. Für den Fremdsprachenunterricht sei dies eine Herausforderung, sagt Fontanive, ein Mann mit 42 Jahren Berufserfahrung. Die Unterschiede zwischen den Kindern seien dadurch noch grösser. Für gut die Hälfte seiner Schüler ist Deutsch zudem nicht die Muttersprache. «Oft hapert es am Deutschen. Kommen dann noch zwei Fremdsprachen dazu, wird es schwierig.» Fontanive hat sich selber organisiert. Für die Französisch-Lektionen tauscht er die halbe Klasse mit einem Lehrerkollegen. So hat er nur Schüler vor sich, die alle gleich lang Französisch lernen. «Die Französische Sprache gefällt mir sehr», sagt er. Doch mit den vorherrschenden Verhältnissen im Klassenzimmer seien drei Sprachen – Deutsch, Englisch und Französisch – einfach zu viel.

Eine gute Viertelstunde mit dem Bus entfernt, in Amriswil, unterrichtet Josef Brägger. Er ist ein Vorzeige-Französischlehrer. Für seine Achtklässler organisiert er jeweils einen Sprachaustausch mit einer Klasse aus dem Kanton Freiburg. Doch auch er sagt: «So kann es nicht weitergehen mit dem Französischunterricht auf der Volksschule.» Man habe viel zu hohe Erwartungen gehabt. In der Realität brächten viele Schüler, die aus der Primar- zu ihm in die Sekundarschule kämen, zu wenig Französischkenntnisse mit. Brägger ist nicht nur Lehrer, der 58-Jährige sitzt auch für die Grünen im Grossen Rat. Dort trägt er die Verschiebung des Französischunterrichts auf die Sekundarstufe mit.

Die Skepsis gegenüber Frühfranzösisch hat im Thurgau eine lange Geschichte. Zwar beteiligte sich der Kanton bereits 1971 an Schulversuchen für die Einführung ab der fünften Klasse. Vor allem die Lehrkräfte der Mittelstufe, also die Lehrer der betroffenen Fünftklässler, zeigten sich schon damals skeptisch, wie es in der Schulgeschichte des Kantons beschrieben ist. 1988 und 2006 kamen Volksinitiativen zur Abstimmung, die den Fremdsprachenunterricht an der Primarschule verhindern oder einschränken wollten. Beide scheiterten allerdings am Stimmvolk.

Zu wenig Zeit

Anne Varenne ist die Präsidentin des Thurgauer Lehrerverbands. Der Unmut der Lehrerschaft sei seit Jahren konstant, sagt die resolute Frau in ihrem Büro im Kantonshauptort Frauenfeld und legt Zahlen auf den Tisch. Diese zeigen, weshalb der Frust hier stärker ist als in anderen Kantonen. Im Thurgau haben die Primarschüler weniger Zeit für den Fremdsprachenunterricht als die Kinder im benachbarten St. Gallen, Schaffhausen oder Zürich. Am Ende der sechsten Klasse müssen sie in Englisch und Französisch die gleichen Lernziele erreichen – mit insgesamt rund hundert Lektionen weniger. Das hat mit den grossen Unterschieden der Stundentafeln zu tun: In jedem Kanton sind die Lektionen anders auf die Fächer verteilt, nirgendwo sind die Schulwochen genau gleich lang. Diese Differenzen auszugleichen, wäre sehr teuer.

Dennoch erhielt der Französischunterricht in vielen Thurgauer Schulhäusern ein enormes Gewicht: Die Note der Sechstklässler entschied vielerorts mit, in welche Sekundarstufe ein Kind eingeteilt wurde. Das beliebte Englisch hingegen zählte kaum. Mittlerweile ist Französisch in vielen Schulen kein Promotionsfach mehr. Doch der Frust mit der Sprache der Liebe ist geblieben. Wenn das Frühfranzösisch bleibe, sagen die Lehrer, brauchten sie mehr Lektionen, um ihre Schüler zu unterrichten. Bildungsdirektorin Monika Knill hat Verbesserungen in Aussicht gestellt. Unter anderem sollen lernschwache Kinder vom Frühfranzösisch befreit werden. Der Sprachfrieden ist nicht mehr gratis zu haben.

Es sei viel falsch gelaufen bei der Einführung des frühen Fremdsprachenunterrichts, sagen auch die, welche sich energisch für das Frühfranzösisch einsetzen. Sie hoffen, dass das Parlament die Abschaffung des Frühfranzösisch in letzter Minute noch abwendet. Am 3. Mai entscheidet der Grosse Rat endgültig. Das Votum dürfte knapp ausfallen – doch die Wahrscheinlichkeit, dass der Thurgau stur bleibt, ist intakt.

Protest in den Kantonen

In den Kantonen Zürich (21. Mai), Luzern (Herbst 2017) und Baselland kommen bald Volksinitiativen für nur eine Fremdsprache auf der Primarstufe zur Abstimmung. Anders als der Vorstoss im Thurgau richten sich die Initiativen nicht ausdrücklich gegen das Frühfranzösisch. Bei einem Ja könnte auch das Englisch verschoben werden.

<https://nzzas.nzz.ch/>

Baz, 19.04.2017

Jetzt müssen die Eltern ran

Da die neue Französisch-Didaktik zu wenig greift, sollen Schüler zu Hause gefördert werden.

Franziska Laur

Das Lehrmittel «Mille feuilles» hat in Basel-Stadt schon manche Eltern zum Verzweifeln gebracht. Der Aufbau, ohne System und Logik, sei unbrauchbar und wirr, monieren sie. Die Verfasser argumentieren jedoch, so könnten die Schüler Französisch wie eine Muttersprache lernen. Das Sprachverständnis stehe im Vordergrund, die grammatikalischen Kenntnisse würden zunächst vernachlässigt, jedoch später problemlos aufgeholt. Doch Eltern wundern sich, weil ihre Kinder auch nach zwei Jahren Unterricht in den Ferien kein Coca-Cola auf Französisch bestellen können und «Schö» anstatt «Je» schreiben.

Und jetzt das: Das Erziehungsdepartement würde es begrüßen, wenn Eltern mithelfen und ihre Kinder unterstützen. Im neusten «Elternbrief» wird beschrieben, wie sie dabei am besten vorgehen.

Das kritisiert die «Starke Schule beider Basel». «Der Newsletter enthält zahlreiche manipulativ verfasste Passagen», schreibt Vorstandsmitglied Michael Pedrazzi. Das Erziehungsdepartement versuche krampfhaft, den Eltern die neue Fremdsprachendidaktik und die entsprechenden Lehrmittel als etwas Positives und Nützliches zu verkaufen. Ein kläglicher Versuch einer Durchhalteparole für ein gescheitertes Experiment auf Kosten der Schulkinder.

Die «Starke Schule beider Basel», die bis vor Kurzem noch «Starke Schule Baselland» hiess, hat neu einen Vertreter für die Stadt. Dieser heisst Felix Schmutz und hat selber bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2011 während 38 Jahren Deutsch, Französisch und Englisch an der Sekundarschule I unterrichtet. Das Erziehungsdepartement gestehe in seinem Elternbrief ein, dass die wöchentliche Lektionenzahl nicht ausreiche, um die hochgesteckten Ziele zu erreichen, sagt er. Dass den Eltern jetzt gar empfohlen werde, private Initiative zu entwickeln und Austauschprogramme zu nutzen, anstatt dass man das Projekt stoppe, sei eine Zumutung. «Das ist nicht nur das Eingeständnis einer Fehlplanung, sondern ein Abschieben der Verantwortung für das Gelingen des Fremdspracherwerbs.»

Verwirrung und Überforderung

«Die Interpretation, dass der Elternbrief dazu auffordert, die Arbeit der Lehrpersonen zu übernehmen, ist Unsinn. Es geht darum, aufzuzeigen, wie Eltern ihre Kinder unterstützen können», sagt Simon Thiriet, Mediensprecher des Erziehungsdepartements. Das sei ein Bedürfnis und deshalb habe das ED den aktuellen Elternbrief nicht zuletzt auch auf Wunsch der Eltern verfasst.

Allerdings ist es absolut nicht der Wunsch aller Eltern. Katja Christ, GLP-Grossrätin und Mutter zweier schulpflichtiger Kinder, findet es inakzeptabel, dass die Volksschule einen solch frühen Fremdsprachenunterricht einführt und dann mit Erwartungen auf die Eltern zugeht, wenn sie merkt, dass das Konzept nicht aufgeht. «Der Titel: «Keine Angst vor den Fremdsprachen!» lässt mich erschauern», sagt sie. Man stelle sich vor, dass für jedes Schulfach so viel Unterstützung von zu Hause erwartet würde. Auch gebe es Familien, welche die notwendige Unterstützung zu Hause nicht bieten können.

Ganz abgesehen davon könne ein solches Engagement fast unzumutbar aufwendig und verwirrend sein, sagt Katja Christ. Es heisse, man solle mit Fehlern der Kinder «grosszügig» umgehen. «Was ist «grosszügig»? Ich bin komplett verwirrt», stellt sie fest. Doch da sie eine pflichtbewusste Mutter ist und es ihr selbstverständlich auch am Herzen liegt, ihre Kinder zu fördern, hat sie sich an das Unterfangen gemacht. Sie unterstützt und motiviert sie, lässt sie an Tablets und Computer, damit sie Tools und Apps benutzen können. Doch dazu musste sie zuerst einen Account beim Schulverlag Schweiz einrichten und danach die Nutzungslizenz, eine Artikel- und eine Lizenznummer eingeben, welche das Kind mit nach Hause bringt. «Nach dem ersten erfolglosen Versuch auf dem PC habe ich es dann auf einem Mac versucht und schliesslich auch geschafft. Wie viel Zeit und Nerven mich das gekostet hat, bleibt mal Nebensache», sagt sie.

Nun wäre es ja eigentlich an der Zeit, dass der neue Bildungsdirektor Conradin Cramer (LDP) Stellung nimmt. Doch er hüllt sich in Schweigen und beruft sich auf seine 100 Tage Schonfrist. Allerdings räumte er an der Kantonalen Schulkonferenz vor rund 2700 Lehrern ein, dass man von ihm vorläufig keine grossen Veränderungen erwarten müsse. Es sei die Zeit der Konsolidierung; er werde bestimmt nicht beim ersten Widerstand alles rückgängig machen, was sein Vorgänger eingeführt habe. So sei zwar auch ihm der Ansatz des Französisch-Lehrmittels «Mille feuilles» ungewohnt, doch er werde aufgrund der Kritik bestimmt nicht voreilig die Übung abbrechen.

Kritik zum Verstummen bringen

Mit Felix Schmutz hat sich jedoch ein Mann in die Debatte eingeschaltet, der kein Blatt vor den Mund nimmt. Was jetzt geschehe, sei der Versuch, die Kritik der Eltern durch Anbiederung zum Verstummen zu bringen. Dabei werde der frühere Unterricht pauschal schlechtgeredet, die neue Didaktik trotz verbreiteter Kritik hochgeputzt. Die Unterrichtsziele seien widersprüchlich: So propagiere man die mündliche Verständigung, fördere zu Beginn jedoch nur das Textverständnis. Den frühen Beginn des Französisch-Unterrichts im 3. Schuljahr könne er nur befürworten, wenn das imitierende Nachsprechen, Singen oder Agieren im Rollenspiel mit einfachem Sprachmaterial als Einstieg gewählt würde. Doch bei der neuen Methodik werde das Sprechen abstrakten Strategien geopfert, die dem Primarschulalter nicht angemessen seien.

Das Erziehungsdepartement ist jetzt dabei, das gesamte Sprachenkonzept mittels zweier Überprüfungen zu evaluieren. 2018 sollen die Resultate vorliegen.

<http://bazonline.ch/basel/stadt/jetzt-muessen-die-eltern-ran/story/13716299#mostPopularComment>

Mehr dazu:

Starke Schule beider Basel, 15.4.20

Sand in die Augen der Eltern

<http://www.starke-schule-beider-basel.ch/Home/Artikel.aspx>

SRF Regional, 18.4.2017

Sprachenstreit Frühfranzösisch in Baselbieter Schulen - Flop oder Erfolg?

<https://www.srf.ch/news/regional/basel-baselland/fruehfranzoesisch-in-baselbieter-schulen-flop-oder-erfolg>

Solothurner Zeitung, 21.4.2017

Optimierung Ja, Lehrplan 21 Nein: Das sind die Argumente für die Volksinitiative

von Caroline Beck



(V. l. n. r.) René Steiner, Peter Brotschi, Beatrice Sterki, Nicole Hirt, Beat Künzli und Philippe Ebener präsentierten ihre Abstimmungs-Slogans.

Sie sind gegen die Einführung des Lehrplans 21, aber für eine Optimierung des jetzigen. Das Initiativkomitee brachte heute seine Abstimmungs-Argumente an einer Medienkonferenz in Solothurn vor.

«Wir müssen auf die bewährten Strategien setzen, die unsere Schulen so erfolgreich gemacht haben», sagte SVP-Kantonsrat Beat Künzli an der heutigen Medienkonferenz in Solothurn zur Initiative «Ja zu einer guten Volksschule ohne Lehrplan 21». Das Initiativkomitee hat – rund einen Monat vor der kantonalen Abstimmung – seine Argumente gegen die Einführung des Lehrplans 21 präsentiert.

Dass aber der alte Lehrplan in gewissem Masse angepasst werden muss, ist dem Komitee bewusst. Was es brauche, seien gesunde Fortschritte und nicht eine radikale Wende, die zum Abbau von Bildung führe, sagte EVP-Kantonsrat René Steiner. «Unser Schulsystem bringt auch mit dem jetzigen Lehrplan noch eine gute Performance.» Dass weitere Anpassungen den jetzigen Lehrplan zu einem Flickenteppich machen könnten, wurde vom Plenum bestritten.

Nicole Hirt, GLP-Kantonsrätin, erklärte: «Nur, weil etwas zeitgerecht den gesellschaftlichen Anforderungen entsprechend angepasst werde, ist es noch lange kein Flickwerk.» Schliesslich würden auch Verwaltungsprozesse stets optimiert.

Nachteile für schwache Kinder

Grosse Skepsis löst bei den Initianten vor allem der Ausdruck «selbstorganisiertes Lernen» aus. So befürchtet Künzli, dass ohne Lernanleitung der Lehrer durchschnittliche und schwache Schüler auf der Strecke bleiben. «Wie soll ein Primarschulkind wissen, welchen Stoff es sich nun bringen soll?» Eine solche Verantwortung könne keinem Kind zugemutet werden, weshalb sich der SVP-Kantonsrat voll und ganz hinter den Slogan «Kinder unterrichten sich künftig selber? Nein Danke!» stellt.

Auch Beatrice Sterki, ehemalige FDP-Gemeinderätin und Wirtschaftsfrau, sieht als Hauptkritikpunkt am Lehrplan 21 das «Selbstorganisierte Lernen». «Nur ein bis zwei von zehn Kindern werden in der Lage sein, Themen selber zu erarbeiten», so die zweifache Mutter und Executive Managerin MBA.

«In der Wirtschaft wird auch heute noch mit Zielvereinbarungen und klaren Aufträgen gearbeitet», sagte Sterki. Sie widerspricht somit dem CEO des Bellacher Unternehmens Fraisa SA, Josef Maushart, vehement.

[Denn dieser äusserte sich am 8. April in dieser Zeitung zum Lehrplan 21 wie folgt: «Im dualen Berufsbildungssystem haben wir längst auf das kompetenzorientierte Modell umgestellt und machen damit seit über zehn Jahren hervorragende Erfahrungen.»](#) Als fernab der Realität bezeichnet Sterki Mausharts Aussage und versuchte deutlich zu machen, dass in den meisten ausbildenden Unternehmen sowie an den Berufsschulen zu rund 90 Prozent Wissen durch Frontalunterricht vermittelt werde.

CVP-Kantonsrat und Primarlehrer Peter Brotschi spricht von einem «Harmonisierungsbschiss». So werde die Wissenskluft zwischen den Kantonen, Gemeinden, Klassen und gar einzelnen Schülern immer grösser, wenn die Geschwindigkeit des Lehr- und Lernvorgangs frei wählbar sei.

Der einheitliche Beginn der Fremdsprachen in der Primarschule werde durch den Lehrplan 21 ebenfalls nicht geregelt, so Brotschi. Der Kanton Solothurn sei als Grenzkanton besonders betroffen, da im Aargauischen ab der dritten Klasse mit Englisch und in Solothurn mit Französisch begonnen werde.

Regierungsrat krebst zurück

Philippe Ebener, Vorstand Kreisschule Thal, Balsthal, verwies darauf, dass Lehrmittelverlage mit dem Lehrplan 21 lukrative Geschäfte auf öffentliche Kosten machen würden. Nicht zuletzt wurden aber die Lehrmittel wie das Französischbuch «Milles feuilles» und das Zahlenbuch grundlegend kritisiert. So seien in den Büchern zu wenige Übungen und keine Struktur zu finden. Laut René Steiner habe bereits der Regierungsrat eine Überarbeitung des Französischbuches in Auftrag gegeben. Und zwar: weg von der Kompetenzorientierung wieder hin zu mehr Grammatik und Vokabeln. Es stelle sich die Frage, weshalb ein Lehrplan eingeführt werden soll, dessen Methoden vom Regierungsrat bereits wieder geändert würden.

<https://www.solothurnerzeitung.ch/solothurn/kanton-solothurn/optimierung-ja-lehrplan-21-nein-das-sind-die-argumente-fuer-die-volksinitiative-131250450>

<http://www.so-ohne-lp21.ch/>, aktuell

Eines der weltweit besten Schulsysteme durch andernorts bereits gescheiterte Konzepte kaputt machen?

Undenkbar? Leider Nein! Denn genau das wird mit dem Lehrplan 21 geschehen!

Schweizer Bildung ist top! Unser bestehendes Schweizer Schulsystem gehört zu den besten der Welt. Es bringt am meisten Nobelpreisträger pro Kopf hervor. Und es generiert am meisten Lehrlings-Weltmeister/innen.

„Reformitis“ macht sich breit. Trotz dieses Erfolgs wird in den letzten Jahren eine Reform nach der anderen auf die Schulen losgelassen. Der neuste Schrei ist die radikale Kompetenzorientierung, wie sie der Lehrplan 21 propagiert. Das klingt dann so: *„Schülerinnen und Schüler können in kooperativen Situationen das eigene Schreibziel reflektieren und zur Schreibaufgabe in Bezug setzen, um den eigenen Schreibprozess zielgerichtet zu steuern.“* Alles klar?

Die radikale Kompetenzorientierung des Lehrplan 21 scheitert überall. Die Zwischenbilanz nach zehn Jahren Kompetenzorientierung in Deutschland fällt in manchen Bundesländern vernichtend aus: Dramatisches Schwinden von Wissen und Können. Mille Feuille (Frühfranzösisch ab der dritten Klasse) ist eines der ersten vollständig auf Kompetenzorientierung basierenden Lehrmittel, das in der Schweiz über mehrere Jahre eingesetzt wurde. Das Resultat ist desaströs. Die Kritik ist vernichtend. Es wurde bereits nachgebessert und zwar im Sinne weniger Kompetenzorientierung und wieder mehr Vokabeln und Grammatik lernen!

Der Lehrplan 21 löst sein Versprechen („Harmonisierung“) nicht ein. Trotz dieses Desasters soll der Lehrplan 21 eingeführt werden. Weil er angeblich die Schulsysteme der 21 Deutschschweizer Kantone harmonisiert. Doch das tut er nicht – im Gegenteil!

Er bringt keine Harmonisierung bei den Frühfremdsprachen und auch nicht in den Fächern Geographie, Geschichte, Physik, Chemie und Biologie auf der Sek I Stufe. Also bleiben noch Deutsch und Mathematik. Doch da sind die Lehrpläne schon heute 95% deckungsgleich.

Der Lehrplan 21 macht aus Lehrpersonen Lerncoaches. Die Stoffvermittlung durch die Lehrperson tritt zurück zugunsten des selbstorganisierten Lernens. Hermann Forneck, ehemaliger Direktor PH Nordwestschweiz: *„Die Steuerungsfunktion der Lehrperson wird im selbstgesteuerten Lernen bezüglich der stofflichen Vermittlung auf apersonale Medien übertragen.“* Also Wikipedia und Google statt Schüler - Lehrer Beziehung. Das überfordert durchschnittliche und schwache Schüler/innen und wird die Unterschiede in den Klassen noch einmal massiv vergrössern. Und das in Klassen, in denen bereits lernschwache Kinder integriert werden!

Der Lehrplan 21 schadet der Schule – auch im Kanton Solothurn. Um für den völlig überladenen Lehrplan 21 Platz zu machen, wird bei dessen Einführung im Kanton Solothurn der Halbklassenunterricht abgebaut. Und es wird für Dritt- und Viertklässler weniger Deutsch geben! Der LP21 ist ein grossangelegtes bildungs- und gesellschaftspolitisches Experiment auf Kosten der Kinder und Lehrpersonen. Die Spätfolgen für die Wirtschaft und den Standort Schweiz sind nicht absehbar. Dazu kommt, dass die Weiterbildungen und die neuen Einweglehrmittel uns teuer zu stehen kommen!

Darum hat ein Komitee aus verschiedenen Parteien die Initiative „Ja zu einer guten Volksschule – ohne Lehrplan 21“ lanciert.

<http://so-ohne-lp21.ch/data/documents/flyer16.pdf>

Lehrplan 21

Nicht nur, aber vor allem schlecht, finden Lehrplan-Gegner

Bürokratiemonster oder Bildungsbremse: So titulierte das Solothurner Gegner-Komitee den Lehrplan 21. Nach einer Unterschriftensammlung des Komitees kommt es am 21. Mai zur Abstimmung über eine Initiative, welche den neuen Lehrplan verhindern will. Die Gegner haben nun ihre Argumente dargelegt.



Im Fach Mathematik funktioniert die Kompetenzorientierung des Lehrplans 21 schlecht, so die Gegner. Keystone

Ein «Bschiss» sei der Lehrplan 21, findet René Steiner, EVP-Kantonsrat aus Olten. Zusammen mit Vertretern von SVP, GLP und CVP ist Steiner Co-Präsident des Komitees «JA zu einer guten Volksschule ohne Lehrplan 21».

Ein «Harmonisierungs-Bschiss» sei der Lehrplan deshalb, weil er Harmonisierung verspreche, dieses Versprechen aber nicht einhalte. Zum Beispiel dann, wenn es um das Thema Fremdsprachen gehe. Solothurn beginne in der dritten Klasse mit Früh-Französisch, der Nachbarkanton Aargau mit Früh-Englisch. Ein Kantonswechsel werde für Familien deshalb nicht einfacher, denn der neue Lehrplan zementiere diese Strukturen.

Ein weiterer Punkt, an dem sich die Gegner stören, ist die Fokussierung des Unterrichts auf Kompetenzen. In anderen Ländern habe sich gezeigt, dass eine allzu starke Konzentration darauf nicht förderlich sei, so Steiner. Wissen anwenden sei nicht möglich, wenn durch weniger Lernen zu wenig Wissen vorhanden sei.

Solothurner Alleingang als Standortvorteil?

Weitere Beiträge

- [Argumente der Befürworter](#)
- [Kantonsrat ist für den neuen Lehrplan 21](#)

Der Lehrplan 21 habe auch seine guten Seiten, gibt René Steiner gegenüber SRF zu. Die negativen Auswirkungen würden aber überwiegen. Auch wenn die meisten anderen Deutschschweizer Kantone das neue Werk einführen, müsse Solothurn nicht unbedingt mitmachen. Ein eigener Lehrplan könne sich lohnen, wenn die anderen Kantone nicht mehr zufrieden seien mit dem gemeinsamen Werk.

Zudem sei der bisherige Solothurner Lehrplan auf dem aktuellen Stand - etwa beim Thema ICT, also Computer an der Schule. Der Lehrplan sei stetig angepasst und aktualisiert worden, und sei kein altes Buch, wie ihn die Befürworter des neuen Lehrplans darstellten.

Lehrplan 21: Modern oder Rückschritt? (20.04.2017) 4:09 min

[Audio «Lehrplan 21: Modern oder Rückschritt? \(20.04.2017\)» abspielen.](#)

<https://www.srf.ch/news/regional/aargau-solothurn/nicht-nur-aber-vor-allem-schlecht-finden-lehrplan-gegner>

Tages Woche, 18.4.2017

«Wenn du den Lehrplan anschaust, kriegst du eine halbe Depression»

Georg Geiger unterrichtet seit über 20 Jahren an einem Basler Gymnasium. Im Interview erklärt er, wie Bildungsreformen den Lehreralltag verändern und warum der Lehrplan 21 zu einer «Überprüfungsmaschinerie» führt.

Von Jeremias Schulthess



Georg Geiger findet, der Gestaltungsspielraum für Lehrpersonen werde zunehmend enger. (Bild: Alexander Preobrajenski)

Wir treffen Georg Geiger im Unternehmen Mitte. An der Schule, wo er unterrichtet, darf er keine Interviews geben. Wir dürfen auch nicht schreiben, an welcher Schule er unterrichtet – das ist die Weisung des Erziehungsdepartements (ED) für alle Lehrpersonen in Basel-Stadt.

Was Geiger sagt, soll nicht in Zusammenhang mit der offiziellen Sichtweise des ED gebracht werden. Beim Gespräch wird auch klar, warum. Der Geschichts- und Deutschlehrer spart nicht mit Kritik an den Reformen, die in den letzten Jahrzehnten durchgeführt wurden.

Der Lehrplan 21 ist für ihn eine Fehlkonstruktion – und das, obwohl Geiger seit 20 Jahren an einem Basler Gymnasium unterrichtet, wo der neue Lehrplan gar nicht gilt. Der Einfluss sei trotzdem da.

Herr Geiger, Sie sind seit über 20 Jahren Gymnasiallehrer. Geht mit der Zeit der Elan verloren?

Nein. Je älter man wird, umso vielfältiger unterrichtet man. Man hat eine natürliche Autorität, ein gelasseneres Verhältnis zu den Schülerinnen und Schülern, man weiss mehr. Man wird mit dem Alter eigentlich nur besser.

Wie haben Sie die Veränderungen im Bildungsbereich in den letzten 20 Jahren erlebt?

Der Unterricht hat sich nicht gross verändert. Trotz allen Reformen ist der Spielraum, den man als Lehrer hat, sehr gross. Die bildungspolitischen Reformen greifen noch nicht total in den Unterricht ein, aber der Gestaltungsspielraum wird spürbar enger.

Wo machen sich die Reformen denn bemerkbar?

In den äusseren Rahmenbedingungen. In der Zunahme von Verordnungen von oben nach unten. In der Abnahme von demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten. Man hat mehr Bürokratie-Aufwand. Viele Reformen, die man mit guten Begründungen von oben befahl, hatten keinen besonders guten Effekt auf unseren Schulalltag.

Zum Beispiel?

Man will, dass Lehrpersonen mehr im Team arbeiten. Das Problem dabei: Wenn du Teamarbeit erzwingst, ist es keine gute Teamarbeit mehr. Man hat zum Beispiel gesagt, man soll gemein-

same Prüfungen machen. Jedes Fach muss mindestens alle drei Jahre nachweisen, dass man gemeinsam prüft. Das ist gut gemeint. Es tut jedem Lehrer gut, wenn er mal mit jemandem zusammen einen Theaterbesuch macht und danach eine gemeinsame Fragestellung erarbeitet. Daraus wird aber eine bürokratische Massnahme.

Wie war das früher?

Wenn Lehrpersonen vor 20 Jahren eine Initiative ergriffen, etwas ausprobieren wollten, dann war der Spielraum gross. Heute kommt von oben herab die Verordnung, was man alles muss und darf. Die schlimmste Bevormundung ist die Überarbeitung der Lehrpläne. Den Lehrplan 21 haben etwa 200 Leute, hermetisch abgeschlossen von der Aussenwelt, während mehrerer Jahre erarbeitet.

Der Lehrplan 21 wurde über elf Jahre hinweg entwickelt, mehrmals überarbeitet, auch aufgrund von Fachhearings mit Leuten aus der Praxis.

Aber es war ein Zirkel von etwa 200 Leuten, der mit uns Lehrpersonen wenig zu tun hatte.

Sie hätten sich auch einbringen können.

Das war nicht vorgesehen. Mir wurde gesagt, dass die Implementierung des Kompetenzbegriffes nicht zur Debatte stand und als gesetzt galt.

Was ist denn das Problem am Lehrplan 21?

Als der neue Lehrplan fertig war, mussten wir auch am Gymnasium die Lehrpläne ändern. Man gab uns eine Vokabularliste mit Verben, die wir in den neuen Lehrplänen verwenden mussten. Wenn du als gut ausgebildeter Akademiker solche Listen bekommst, dann fragst du dich schon, was das soll.

Verstehen Sie die Forderung, dass die Lehrpläne einheitlich sein sollten?

Nein, das verstehe ich nicht.

Warum nicht?

Das Ziel der nationalen Abstimmung zum Harnos-Konkordat war, dass die Studentafeln und die Abfolge der Fremdsprachen einheitlich geregelt werden. Das sind die grössten Hemmnisse, wenn Familien den Kanton wechseln wollen. Beides hat man bis heute nicht zustande gebracht. Aber man hat den Lehrplan 21 formuliert, der im Harnos-Konkordat gar nicht vorgesehen war. Das war eine reine Interpretation der Vorlage.

Der neue Lehrplan schafft einen Rahmen, konkretisiert die Lerninhalte mit sogenannten Kompetenzen. Was ist daran so schlimm?

Kompetenzorientierung ist nichts Neues. Wir unterrichten längst nicht mehr nach dem Schema [Nürnberger-Trichter](#) – also nur Auswendiglernen und fertig. Wir vermitteln den Schülerinnen und Schülern seit Jahren Kompetenzen, Fertigkeiten, Fähigkeiten, Fachwissen und Haltungen. Was ist also das Neue am Lehrplan 21? Das Neue ist die Ausformulierung der Kompetenzen. Diese führt dazu, dass die Überprüfungsmaschinerie zunehmen wird. Denn die Kompetenzen müssen ja überprüft werden. Im Prinzip gibt es zwei gegenläufige Entwicklungen: Wissen muss individueller werden, es geht um die Vermittlung von Kompetenzen und Fertigkeiten. Auf der anderen Seite gibt es eine zunehmende Tendenz, standardisierte Tests durchzuführen.

Das Problem sind also nicht die Kompetenzen an sich, sondern die zusätzlichen Tests, mit denen sie geprüft werden sollen. Sind das Wissen und die Fertigkeiten, die Sie als sinnvoll erachten, überhaupt messbar?

Das Wissen und die Fertigkeiten sind nicht fix. Das muss man als Lehrer immer wieder neu verhandeln.

Wie meinen Sie das genau?

Man muss aushandeln, an welchen Dingen man nicht vorbeikommt. Zum Beispiel an der Französischen Revolution. Ich halte es für falsch, wenn man diese auslässt.

Sie fordern einen Kanon: Das müssen Schülerinnen und Schüler wissen – und das nicht.

Nicht unbedingt. Es braucht einige kanonisierte Pfeiler und darum herum viel Freiheit zur weiteren Veranschaulichung.

Das ist genau das, was der Lehrplan 21 bietet.

Ja. Aber dafür hätte es den Lehrplan nicht gebraucht. Das hatten wir schon vorher. Das Problematische ist die hohe Ausdifferenzierung von Einzelkompetenzen. Damit kann man diesen Lehrplan nicht handhaben. Ein Lehrplan muss einfach sein. Ich zeige ihn meinen Schülerinnen und Schülern an jedem Semesteranfang: Das wird von mir erwartet und ich setze es so und so um. Wenn du den Lehrplan 21 als Ganzes anschaust, kriegst du eine halbe Depression, weil du denkst, du bist der grösste Idiot. Eine solche Komplexität in einer derart abstrakt formulierten Sprache – das sollst du noch im Griff haben? Keine Chance, hast du das Gefühl. Dazu kommt, man macht einen Riesenaufwand und sagt den Lehrpersonen danach: Ach Gott, ihr schaut so genau auf diesen Lehrplan – tut doch nicht so genau. Das ist bildungspolitisch nicht in Ordnung. Ich nehme den Lehrplan ernst.

Der Lehrplan lässt auch einige Freiheiten.

Weil man Bildung gerecht machen wollte, hat man damit angefangen, Monokultur zu betreiben. Damit wird die Vielfalt zerstört, die eigentlich zur Bildung gehört. Wenn die Lehrplan-Freiheit grösser wäre, wäre auch die Qualität der Bildung höher. In der Biologie hat man schon seit geraumer Zeit gemerkt, dass nur Biodiversität nachhaltig ist!



«Innerhalb der Linken gibt es fast keine Diskussion über den Lehrplan 21 – dabei ist die Basis gespalten.» (Bild: Alexander Preobrajenski)

Was halten Sie davon, dass mit dem neuen Lehrplan de facto eine Lektion Geschichte wegfällt?

Es wird immer wieder betont, wie wichtig politische Bildung und Ökologie seien – und jetzt streicht man die Fächer Geschichte und Geografie zusammen. Geht es eigentlich noch? Es ist gestört, dass man das macht.

Viele Lehrplan-Kritiker kommen aus der rechten Ecke – Sie nicht.

Das stimmt. Ich bin zum Beispiel Mitglied bei [Denknetz](#), ein Thinktank aus dem linken Spektrum. Innerhalb der Linken gibt es fast keine Diskussion über den Lehrplan 21 – dabei ist die Basis der linken Parteien in dieser Frage erstaunlich heterogen.

Neuerdings gibt es einen [Ableger des Komitees «Starke Schule» in Basel-Stadt](#): Das müsste Ihnen gefallen. Reformkritiker Jürg Wiedemann und sein Komitee schiessen gegen das gleiche Ziel wie Sie.

Wiedemann und ich kritisieren ähnliche Entwicklungen, aber wir haben unterschiedliche Visionen. Wiedemann will eine Schule, wie sie in den 1960er-Jahren war. Er meint, wenn es wieder so sei wie früher, dann sei alles gut. Das ist Quatsch. Das Komitee kämpft gegen Sammelfächer. Ich auch. Ich meine aber: Es soll den Lehrerinnen und Lehrern freistehen, so etwas zu probieren. Wenn man Sammelfächer von oben verordnet, läuft man Gefahr, dass Lehrpersonen fachfremd unterrichten müssen. Was passiert dann? Sie suchen Hilfe im Internet, in Lehrbüchern. Der Unterricht wird dadurch banal.

Fächerkombinationen können den Unterricht auch bereichern.

Wenn du wenig Wissen in einem Fach hast, kannst du nicht variieren – gerade wenn du auf verschiedene soziale Gruppen eingehen willst. Als ich an der WBS lehrte, hatte ich zwölf Nationen im Geschichtsunterricht. Beim Thema Revolution traf ich auf die unterschiedlichsten Vorstellungen. Ich hatte einen Schüler aus dem Balkan mit Bürgerkriegs-Erfahrung oder ein Tamilen-Mädchen, dessen Mutter mir verbat, über Gewaltthemen zu sprechen. Da reicht es nicht, eine vorpräparierte Schulstunde aus einem Lehrbuch zu kopieren.

http://www.tageswoche.ch/de/2017_14/basel/746896/

Zürcher Oberländer 19. April 2017,

Mehr attraktive Geschichtsstunden

Leserforum

«Soll in den Schulen mehr Schweizer Geschichte vermittelt werden?» Ausgabe vom 5. April

Schweizer Geschichte kann unerhört spannend sein. Wenn relevante Themen ausgewählt werden, lassen sich Kinder und Jugendliche von einem lebendigen, narrativen Geschichtsunterricht begeistern. Sie wollen das geschichtliche Geschehen in geschilderten Bildern und dramatischen Verstrickungen erleben. Dabei geht es um Einblicke in das Schicksal von Völkern wie auch des einzelnen Menschen.

Trend in andere Richtung

Doch in der Fachdidaktik geht der Trend in eine andere Richtung. Die Kunst des spannenden Erzählens ist in den Hintergrund gerückt. Man glaubt vielmehr, die Jugendlichen mit unzähligen geschichtlichen Analysen und Fragen sensibilisieren zu können. Wird dieser Weg beschritten, benötigt man sehr viel wertvolle Lernzeit und erreicht nur einen kleinen Teil der Jugendlichen.

Guter Geschichtsunterricht schafft Verständnis für den Zeitgeist einer Epoche. Dies gilt auch für die jüngste Vergangenheit. Die Zeit kurz vor und während des Zweiten Weltkriegs bietet attraktiven Stoff, um die Situation eines Kleinstaats im Ring feindlicher Grossmächte schildern zu können. Die Abgrenzung gegenüber dem Nazitum, der Wille unserer Bevölkerung zum Überleben und die Reduitstrategie von General Guisan stossen bei Jugendlichen auf grosses Interesse. Kritische Fragen zur restriktiven Flüchtlingspolitik oder zu unserer wirtschaftlichen Abhängigkeit von den Achsenmächten sind dabei ebenso anzusprechen wie die täglichen Leistungen der Frauen und Männer während der Kriegsjahre. Selbstverständlich hört die Schweizer Geschichte nicht schon 1945 auf. Das Wirtschaftswunder der Nachkriegsjahre, der Kampf ums Frauenstimmrecht sowie Einblicke in die Konstellation des Kalten Kriegs sind Bausteine einer modernen Geschichte.

Stoffauswahl: nicht einfach

Die Stoffauswahl für die verschiedenen Stufen ist eine grosse Herausforderung. Der neue Lehrplan bietet alles an, aber das wirklich Verbindliche ist in der Fülle der Möglichkeiten kaum noch auszumachen. Der Erwerb von Kompetenzen steht dabei im Vordergrund. Aber was soll eine Schweizer Geschichte, wenn nicht zentrale Inhalte unseres schweizerischen Wegs verbindlicher Schulstoff sind?

Mehr Geschichte nötig

Lebendiger Geschichtsunterricht ist themenbezogener Deutschunterricht und enorm sprachfördernd, wenn das Erzählerische im Zentrum steht. Das aktuelle Streichen von Geschichtsstunden als Folge des überladenen Lehrplans reduziert den wichtigen angewandten Deutschunterricht. Die Schule braucht nicht weniger, sondern mehr Geschichts- und andere Realienstunden, wenn die Deutschkompetenzen der Schüler umfassend gefördert werden sollen. Aber auch die Lehrerbildung muss ihren Teil beitragen, indem sie die Fachdidaktik im Bereich von Mensch und Umwelt praxisnäher ausrichtet.

Hanspeter Amstutz, Fehraltorf

Schule Schweiz, 20. April 2017

Graubünden lässt Einführungsklassen wieder zu

Beim ersten Teil der gestrigen Bildungsdebatte im Grossen Rat waren die meisten Votantinnen und Votanten noch einer Meinung: Die Einführungsklasse, in der "entwicklungsverzögerte" Kinder den Lernstoff des ersten Schuljahres während zweier Jahre bewältigen, bevor sie in die zweite Primarschulklasse kommen, soll im Kanton Graubünden wieder eingeführt werden. Ein entsprechender Auftrag von Bruno W. Claus (FDP) wurde vom Rat mit 113:1 Stimmen an die Regierung überwiesen.

Neues Streitfeld zur Schule eröffnet, Bündner Tagblatt, 20.4. von Luzi Bürkli

Die seit dem Schuljahr 2012/13 praktizierte integrative Regelung mit der zeitweisen Unterstützung durch Heilpädagogen in der Regelklasse würde Probleme verursachen, die verhindert werden könnten. "Es werden Kinder zu Problemfällen, nur weil sie die Zeit nicht hatten, die sie gebraucht hätten", sagte Claus. So seien bei den betroffenen Kindern nach dem ersten Jahr die Lernlücken oft schon derart gross, dass die Kinder für den Rest ihrer schulischen Laufbahn auf Zusatzunterstützung angewiesen seien. Auch seien die von der Regierung im Vorfeld der Ratsdebatte ins Feld geführten Alternativlösungen mit einem dritten Kindergartenjahr oder der Bildung von 1./2. Kombiklassen keine Lösung.

Der Streichung der Einführungsklasse bei der Totalrevision der Schulgesetzgebung im Jahr 2012 sei ein Fehlentscheid gewesen, pflichtete Grossrätin Elita Florin-Caluori (CVP) bei. Zum selben Schluss kamen in der Debatte etwa auch Elisabeth Mani-Heldstab (BDP) und Cornelia Märchy-Caduff (CVP). "Manchmal ist ein mutiger Schritt zurück nötig", sagte Letztere.

Regierungsrat Martin Jäger versicherte, dass für Kinder mit besonderen Bedürfnissen "geeignete Gefässe" zur Verfügung gestellt werden müssten. Beim Eintritt in die Schule gebe es bei den Kindern eine "riesige Spanne", sagte Jäger, der damit auch die Bedürfnisse von Begabten und Hochbegabten hervorhob. Das Modell von Kombiklassen aber verteidigte er. Dieses beinhalte aus pädagogischer Sicht viele Vorteile - "die Kleinen lernen mit den Grossen" - von denen auch lernschwächere Schüler profitierten. Jäger verwies aktuell auf einen Entscheid der Gemeinde Maienfeld, die ab August die 1. und 2. Klasse neu als Kombiklasse führen will. Dabei handle es sich nicht - wie von Mani-Heldstab kritisiert - um ein Schulprojekt mit ungewissem Ausgang.

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/2017/04/graubunden-lasst-einfuehrungsklassen.html#more>

Grosser Rat Bald wieder Kleinklassen an Bündner Schulen?

Nach fünf Jahren sollen die Schulen im Kanton wieder Kleinklassen durchführen können. Das Parlament hat einen entsprechenden Auftrag an die Regierung überwiesen.



Bildlegende: In Kleinklassen erhalten Schüler besondere Förderung. Keystone

- Mit dem neuen Schulgesetz aus dem Jahr 2012 wurden die Kleinklassen abgeschafft. Seit-her werden Kinder mit Lernschwäche oder einer Behinderung in normalen Klassen integriert.
- Nun sollen Schulen wieder Kleinklassen durchführen können. Der Grosse Rat hat einen entsprechenden Auftrag von Gian Michael (BDP) mit 66:45 Stimmen gutgeheissen.
- Am Schluss bleibt es aber den Gemeinden überlassen, ob sie Kleinklassen wieder einführen oder nicht.

Opposition gegen den Auftrag kam vor allem von Links. Mehrere Vertreter der SP sprachen sich in der Debatte am Mittwoch dagegen aus. Das heutige Modell Sorge nämlich dafür, dass Kinder mit einer Lernschwäche und Kinder mit einer Behinderung in die Gesellschaft integriert werden.

Auch die Regierung stellte sich gegen die Kleinklassen. Diese dürften gar nicht mehr eingeführt werden, da Kindern mit Behinderung gemäss Bundesgesetz der Besuch regulärer Schulklassen ermöglicht werden müsse.

Schliesslich wurde der Auftrag dennoch überwiesen. Die Unterstützer argumentierten unter anderem damit, dass alle Kinder dank separatem Unterricht besser gefördert werden können. Das sei wichtiger als die Integration.

- [Audio «Rückkehr zu altem System \(19.04.2017\)» abspielen.](#)
- Rückkehr zu altem System (19.04.2017) 2:11 min

<https://www.srf.ch/news/regional/graubuenden/bald-wieder-kleinklassen-an-buendner-schulen>

Tages-Anzeiger, 19.4.2017

Schweizer Schüler sind wenig ehrgeizig, aber zufrieden

Auf einer Zufriedenheitsskala von 0 bis 10 gaben die Schülerinnen und Schüler in der Schweiz im Schnitt 7,72 an. Was die neuste Pisa-Studie sonst noch offenbart.

Die 15-Jährigen in der Schweiz sind zufrieden mit ihrem Leben – zufriedener als Gleichaltrige in den meisten anderen OECD-Ländern. Das zeigt eine heute veröffentlichte [Pisa-Studie](#).

«Pisa» steht für den Vergleich von Leistungen. In der neusten Studie aber geht es um das Wohlbefinden der Schülerinnen und Schüler. Gute Leistungen machen nicht zwingend glücklich: In manchen Ländern bringen die Jugendlichen Topleistungen in Mathematik und Naturwissenschaft, sind aber relativ unzufrieden mit ihrem Leben. Das trifft auf die Schweiz jedoch nicht zu: «Finnland, den Niederlanden und der Schweiz scheint es zu gelingen, gute Lernergebnisse mit einer hohen Zufriedenheit zu verbinden», heisst es im Vorwort zur Studie.

Rang 5 in Zufriedenheit

Auf einer Zufriedenheitsskala von 0 bis 10 gaben die Schülerinnen und Schüler in der Schweiz im Schnitt 7,72 an. Im Vergleich der 35 OECD-Staaten ist das ein hoher Wert: Zufriedener sind nur die Jugendlichen in Mexiko, Finnland, den Niederlanden und Island.

39,6 Prozent der Schweizer Schülerinnen und Schüler sind mit ihrem Leben «sehr zufrieden» (9 oder 10 auf der Skala). Im Durchschnitt der OECD-Länder sind lediglich 34,1 Prozent sehr zufrieden. Unzufrieden (0 bis 4 auf der Skala) zeigten sich in der Schweiz 7,4 Prozent. Im Durchschnitt der OECD-Ländern sind es 11,8 Prozent.

Prüfungsangst verbreitet

Schweizer Jugendliche gehen auch vergleichsweise entspannt mit Prüfungen in der Schule um. Zwar gaben 33,5 Prozent an, auch dann vor einem Test sehr nervös zu sein, wenn sie gut vorbereitet seien. Im Durchschnitt der OECD-Länder sagten das aber mehr als die Hälfte (55,5 Prozent). In sämtlichen Ländern haben Mädchen grössere Angst vor Prüfungen und schlechten Noten als Knaben.

Zufriedenheit, Unzufriedenheit und Angst hängen laut der Studie nicht mit der Anzahl Schulstunden oder Prüfungen zusammen. Wichtig sei dagegen eine gute Beziehung zu den Lehrerinnen und Lehrern, schreiben die Autoren.

Unterstützung der Eltern

Auch die Eltern spielen eine zentrale Rolle. Diese sollten sich für Schulisches interessieren und die Jugendlichen ermuntern, an ihre Fähigkeiten zu glauben. Teenager wünschten sich starke soziale Bindungen, Verständnis und Unterstützung, heisst es in der Studie. Sie möchten sich nicht ausgeschlossen fühlen.

In der Schweiz tun das die meisten auch nicht: Über 88 Prozent zeigten sich überhaupt nicht einverstanden mit der Aussage «ich fühle mich wie ein Aussenseiter». Nur in Spanien, Italien, Südkorea und den Niederlanden fühlen sich noch weniger Jugendliche ausgeschlossen.

Mobbing und Gewalt

Mobbing ist für Jugendliche in der Schweiz aber ein ähnlich grosses Problem wie für ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern. 16,8 Prozent gaben an, in der Schule regelmässig gemobbt zu werden, beispielsweise ausgelacht. Im Durchschnitt der OECD-Länder sind es 18,7 Prozent.

Regelmässig geschlagen oder geschubst werden laut der Studie 2,8 Prozent der 15-Jährigen in der Schweiz. Im Durchschnitt der OECD-Länder sagten 4,3 Prozent, solches geschehe ihnen mehrmals im Monat. Die Untersuchung kommt zum Schluss, dass Mobbing weniger verbreitet ist an Schulen, in welchen die Schülerinnen und Schüler gute Beziehungen zu ihren Lehrern haben.

Weniger ehrgeizig

Ferner zeigt die Studie, dass die Schülerinnen und Schüler hierzulande weniger ehrgeizig sind als anderswo: Nur 40 Prozent wollen zu den Besten der Klasse gehören. Im Durchschnitt der OECD-Länder sind es fast 60 Prozent.

Markant unter dem Durchschnitt liegen die Jugendlichen in der Schweiz ausserdem bezüglich ihrer Bildungserwartungen. Nur 27 Prozent gehen davon aus, einen Universitätsabschluss zu erlangen. Das dürfte mit dem dualen Bildungssystem zusammenhängen. Im Durchschnitt der OECD-Länder erwarten über 44 Prozent einen Universitätsabschluss.

Sport statt Internet

Untersucht wurde auch der Umgang mit dem Internet. Die 15-Jährigen in der Schweiz verbringen ausserhalb der Schule weniger Zeit im Internet als Gleichaltrige in anderen Ländern. Während der Woche sind es 126 Minuten am Tag, an Wochenenden 168 Minuten.

Der OECD-Durchschnitt liegt bei 146 beziehungsweise 184 Minuten. Am wenigsten Freizeit im Internet verbringen Jugendliche in Südkorea und Japan mit 90 beziehungsweise 55 Minuten an Wochentagen.

Während andere im Internet surfen, treiben Schweizer Jugendliche Sport. 73,1 Prozent gaben an, vor oder nach der Schule zu trainieren. Im OECD-Durchschnitt sind es 69,8 Prozent. Den höchsten Wert erzielte Ungarn mit 80,2 Prozent Sportlichen. (nag/sda)

<http://www.tagesanzeiger.ch/leben/bildung/Schweizer-Schueler-sind-wenig-ehrgeizig-aber-zufrieden/story/17134918>

Aufruf für Informatik an der Schule



Schon früh sollen Kinder in der Schule an die Informatik herangeführt werden. Damit das Fach "Medien und Informatik" möglichst bald Wirklichkeit wird, fordern Organisationen aus Bildung und Wirtschaft die Erziehungsdirektoren auf, den Lehrplan 21 zügig umzusetzen. (Symbolbild) (KEYSTONE/GAETAN BALLY)

LEHRPLAN 21 · Organisationen aus Bildung und Wirtschaft fordern die Deutschschweizer Kantone auf, den Lehrplan 21 zügig umzusetzen. Ihnen geht es um das Fach "Medien und Informatik", das Schülerinnen und Schüler fit für das 21. Jahrhundert machen soll.

Die Informationstechnologie prägen den Alltag der künftigen Generationen, schreiben die Organisationen in einer Mitteilung vom Dienstag. "In kaum einem Beruf wird man ohne Informatik-Kenntnisse weiterkommen." Es sei deshalb von "zentraler Bedeutung", die Informatik auf allen Schulstufen zu verankern.

Der Lehrplan 21 ermöglicht die Schaffung des Fachs "Medien und Informatik". Die Organisationen fordern unter dem Motto "Informatik macht Schule" die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren auf, die Einführung bis spätestens 2020 voranzutreiben. Sie schlagen vor, ab der 5. Klasse der Primarschule ein eigenständiges Fach zu führen. Von der 5. bis 9. Klasse soll mindestens je eine Jahreslektion angeboten werden.

Angehende und amtierende Lehrpersonen sollen dafür fundiert ausgebildet werden, wie die Organisationen weiter verlangen. Eine "Schnellbleiche von einem halben Tag Informatik-Weiterbildung" reiche nicht aus. Die Kantone und die pädagogischen Hochschulen sollen auch zusammenarbeiten, um qualitativ hochstehende Unterrichtsmaterialien bereitzustellen.

Nötig ist der Appell aus Sicht der Organisationen, weil die Kantone selbst definieren, wie umfangreich das neue Fach unterrichtet werden wird. "Aus diesem Grund braucht es von Seiten Wirtschaft, Gesellschaft und Wissenschaft klare Signale, was unter einer adäquaten Informatik-Ausbildung in der Volksschule zu verstehen ist", heisst es in dem Aufruf.

Diese soll die Kinder befähigen, sich im digitalisierten Berufsleben und im Alltag als mündige Bürger, Arbeitnehmende sowie Konsumentinnen und Konsumenten zu bewegen.

Hinter dem Appell stehen unter anderen die Akademien der Wissenschaften Schweiz (a+), die Akademie der Naturwissenschaften Schweiz (SCNAT), electrosuisse, die Hasler-Stiftung, ICT Berufsbildung, der Kaufmännische Verband Schweiz, die Schweizer Informatik Gesellschaft (SI), die Schweizerische Akademie der Technischen Wissenschaften (SATW), der Schweizerische Gewerbeverband und Travail.Suisse.

Der Lehrplan 21 enthält einheitliche Lerninhalte und Ziele für den Unterricht an den Volksschulen der Deutschschweiz. Alle 21 deutschsprachigen Kantone haben dessen Einführung mittlerweile beschlossen. In manchen Kantonen sind aber noch Initiativen hängig, die sich direkt oder indirekt gegen den Lehrplan 21 richten. (sda)

<http://www.tagblatt.ch/nachrichten/schweiz/Aufruf-fuer-Informatik-an-der-Schule;art253650,4957903>

10 Leserkommentare ...

NZZ am Sonntag, 23.4.2017

Lehrlinge sollen weniger zur Schule gehen

Einen Teil des Stoffs zu Hause statt in der Berufsschule lernen: Bern testet eine neue Lehre. Das Modell könnte landesweit Schule machen.

René Donzé

Einen bis zwei Tage pro Woche verbringen Lehrlinge heute in der Berufsschule. Das könnte sich ändern. Im Rahmen der Vision Berufsbildung 2030 diskutieren derzeit unter der Schirmherrschaft von Bundesrat Johann Schneider-Ammann Vertreter von Wirtschaft, Politik und Arbeitnehmern über die Entwicklung der Lehre. Ein Thema dabei ist auch eine flexiblere Gestaltung der Ausbildung.

Derweil wird in Bern bereits aktiv an dieser Lehre der Zukunft gearbeitet. «Es ist denkbar, dass die Lehrlinge einen Teil ihrer Berufsschulzeit von zu Hause aus absolvieren», sagt Sonja Morgenegg-Marti, Direktorin der Gewerblich-Industriellen Berufsschule Bern. Sie meint damit nicht all ihre 7700 Schülerinnen und Schüler, sondern einen Teil jener rund 1000, die die Informatiker-Ausbildung absolvieren. Die Schule ist gemeinsam mit Branchenvertretern im Begriff, diese Lehre zu flexibilisieren, wie die Fachzeitschrift «Panorama» in der jüngsten Ausgabe berichtet.

In einem ersten Schritt wird die Reihenfolge der zu besuchenden Module aufgelöst: Die Lernenden sollen zuerst lernen, was sie im Betrieb am dringendsten brauchen. Danach, voraussichtlich 2019, will die Schule zum Teil das Selbststudium einführen. «Die Präsenzzeit könnte möglicherweise von eineinhalb Tagen pro Woche auf einen Tag pro Woche reduziert werden», sagt Morgenegg-Marti. Möglich wären auch längere Auslandseinsätze.

Die flexible Lehre soll nicht allein den Berner Informatiker-Lehrlingen vorbehalten bleiben. «Das Projekt hat Modellcharakter und soll landesweit Schule machen», sagt Theo Ninck, Vorsteher des Berner Mittelschul- und Berufsbildungsamtes. Deshalb werde man auch beim Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation des Bundes um Unterstützungsbeiträge nachsuchen. Besonders geeignet ist die Informatiker-Lehre, die schweizweit von 7000 Lehrlingen absolviert wird. Aber auch andere könnten davon profitieren.

«Selbstlern-Elemente werden in der Berufsbildung in Zukunft an Bedeutung gewinnen», ist Ninck überzeugt, der auch die Schweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz präsidiert. «Die Digitalisierung der Wirtschaft erfordert auch neue Modelle der Stoffvermittlung in den Berufsschulen.» Dass der Trend in diese Richtung geht, bestätigt Cornelia Oertle, Direktorin des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung: «Im kleinen Rahmen spielt das Selbststudium in den meisten Berufsbildungen eine Rolle und nimmt tendenziell zu.» So lasse sich auch die Selbstständigkeit der Lernenden fördern. In der Beratung der Berufsverbände durch das Institut seien Selbststudiums-Elemente immer auch ein Thema.

Dass die Berufsschüler zunehmend zu Hause lernen sollen, wird in der Berufswelt unterschiedlich kommentiert. «Aus Sicht der Arbeitgeber ist es zu begrüssen, wenn die Berufslehre bedarfsbezogen flexibilisiert wird», sagt Jürg Zellweger, Bildungsverantwortlicher beim Schweizerischen Arbeitgeberverband. Ein Selbststudium eigne sich aber nicht für alle Berufsgattungen gleichermaßen. Bei den Informatikern aber scheine es auf der Hand zu liegen.

Skeptisch hingegen reagiert Gewerbeverbands-Direktor Hans-Ulrich Bigler: «Das ist problematisch.» Es gehe in der Lehre ja auch darum, die Jungen in der Berufswelt zu sozialisieren. Ein vermehrtes Heimstudium würde diesem Ziel zuwiderlaufen. «Wenn, dann muss das Selbststudium in der Berufsschule oder am Arbeitsplatz erfolgen», sagt Bigler. Er befürchtet auch, dass im Lehrbetrieb dann die Arbeit in den Vordergrund gestellt wird und das Lernen darunter leidet.

Davor warnen die Gewerkschaften: «Die Ausbildungszeit, die nicht mehr in der Schule verbracht wird, darf vom Unternehmen nicht in Arbeitszeit umgewandelt werden», sagt Laura Perret, Zentralsekretärin beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund. Zudem fordert sie eine zuverlässige technische Infrastruktur für die Lehrlinge und eine gute Begleitung durch die Ausbilder. Das Pilotprojekt in Bern müsse genau evaluiert werden – auch mit Blick auf Lehrabbrüche und die Erfolgsquote bei den Lehrabschlüssen, fordert Perret.

<https://nzzas.nzz.ch/>

Mehr zur Digitalisierung:

Gute Volksschule Schwyz, 13.4.2017

**Frühlings-Communiqué des Initiativkomitees an alle Volksschullehrer des Kt.SZ,
13.4.2017**

**Problematische Einführung des Faches *Informatik und Medien* ab 5. Primarklasse,
bestrahlte Schulzimmer**

aktuell

Schule Schweiz, Veranstaltungen

Podium zur Initiative "Ja zu einer guten Volksschule - ohne Lehrplan 21"

**26. April, Säulenhalle im Landhaus Solothurn,
20.00 Uhr**

Pro: René Steiner, Alain Pichard, Raimund Baumgartner

Contra: Beat Zemp, Dagmar Rösler, Remo Ankli

Veranstalter: Komitee "Ja zu einer guten Volksschule - ohne Lehrplan 21"

"Was ist mit unserer Schule los?"

18. Mai, Hotel Aarauerhof (Saal Lenzburg) Aarau, 19.30 Uhr

Vortrag und Diskussion mit Bruno Nüsperli

Veranstalter: Vereinigung Medien-Panoptikum, Baden

Bildungspolitik im Zeitalter von Harnos, Bildungsmonitoring, Kompetenzorientierung und Lehrplan 21

27. Juni, Universität Bern, Hochschulstrasse 4, Raum 110. Beginn: 19.00 Uhr

Teilnehmer: Bernhard Pulver, Franziska Schwab, Walter Herzog, Alain Pichard. Gesprächsleitung: Adrian Moser

Veranstalter: Verein Einspruch

Kompetent in Kompetenz?

7./8. Juli, Frankfurt am Main

Beiträge von Konrad Paul Liessmann, Johanna Gaitsch, Bernadette Reisinger, Felix Hanschmann, Stefan Kühl, Hans Jürgen Bandelt, Hans Peter Klein, Josef Pfeilschifter, Bernhard Kempen, Mathias Brodkorb.

Veranstalter: Josef Pfeilschifter (Dekan Medizin), Guido Pfeifer (Rechtswissenschaft), Hans Peter Klein (Biowissenschaften) der Goethe-Universität Frankfurt

Nähere Infos:

https://bildung-wissen.eu/wp-content/uploads/2016/01/ffm_in_kompetenztagung.pdf

<http://schuleschweiz.blogspot.ch/>